

Schittich, Ingrid (2005): Ein neuer Realismus: Von der UNO der Nationalstaaten zur UNO einer globalen Zivilgesellschaft.

[Diskussionspapier, vortragen bei der AWC Weltfriedenskonferenz, Universität von San Francisco (USF), 02. – 05. August 2005]

1. Die Charta der Vereinten Nationen war nach dem zweiten Weltkrieg eine einmalige Chance für eine neue Politik der Völker, in der Gewalt jeglicher Art geächtet worden wäre. Leider hat sich gezeigt, dass die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen nicht in der Lage oder willens waren, die Ideen der UN-Charta in ihrer Substanz Wirklichkeit werden zu lassen. Hatte man nach den Schrecknissen des Zweiten Weltkrieges und des Nazi-Regimes auf eine moralische und ethische Erneuerung gehofft, so hat sich gezeigt, dass die erhoffte qualitative Erneuerung allenfalls eine quantitative war. Es ging letzten Endes nicht um die Ächtung von Gewalt an sich, sondern eher um die jeweilige Anzahl an Gewaltopfern. Mit zeitlicher Distanz zum Zweiten Weltkrieg wurde Gewalt von der sog. Völkergemeinschaft immer unbedingener und schamloser als Mittel zur Durchsetzung von Machtinteressen angewendet und akzeptiert.
2. Gleichzeitig ist nahezu unbestritten, dass eine Organisation wie die UNO sinnvoll und notwendig ist, um ein friedliches Miteinander der Völker zu gewährleisten und ihrer zunehmenden Interdependenz Rechnung zu tragen.
3. Die Entwicklung der UNO in den nunmehr fast 60 Jahren ihres Bestehens hat gezeigt, dass sie nicht fähig oder nicht willens ist, Ausbeutung, Ungerechtigkeit, Unterdrückung und Krieg zu verhindern, da das Handeln der die UNO dominierenden Nationen von geopolitischen und ökonomischen Interessen bestimmt wird.
4. Angelagert an die Hauptgremien der UNO arbeitet eine nahezu unüberschaubare Zahl von Gremien, Ausschüssen und NGOs gleichsam in einem Elfenbeinturm und ist im Bewusstsein eines durchschnittlich informierten Bürgers oder einer Bürgerin nicht präsent.
5. Es ist davon auszugehen, dass sich die UNO nicht aus sich heraus reformieren wird, und dass die die UNO dominierenden Nationen sich ihre Macht nicht freiwillig aus den Händen nehmen lassen werden. Änderungen können nur durch politischen Druck von außen bewirkt werden. Dieser politische Druck muss von NGOs und anderen Vertretern der lokalen und globalen Zivilgesellschaft ausgehen.
6. Um solch einen Druck ausüben zu können, sollten zuerst gemeinsame inhaltliche Prioritäten gefunden werden, auf die sich alle Kräfte konzentrieren. In einer Koordinierungsinstanz sollen Ergebnisse aus den verschiedenen Arbeitsbereichen zusammengeführt und evaluiert werden. Eine solch intensive Arbeit wäre wirkungsvoll und könnte eher von einer aufmerksamen Weltöffentlichkeit begleitet und unterstützt werden.

7. Solche gemeinsame inhaltliche Prioritäten könnten sein:
 - a) Es wird anerkannt und durchgesetzt, dass jeder Mensch nicht nur das Recht auf menschenwürdige Behausung hat, sondern auch das Recht auf gesunde und ausreichende Grundnahrung, sowie auf die Versorgung mit Wasser und Luft. Wasser und Luft dürfen nicht zu kommerziellen oder militärischen Zwecken als privatisierte Güter genutzt werden. (An ähnlichen Denkansätzen arbeiten beispielsweise UN-Habitat und Unitar, vgl. deren aktuelles Arbeitspapier: Access to Basic Services for All).
 - b) Die UNO besinnt sich auf ihre vornehmste Aufgabe, die Schaffung und die Erhaltung des Friedens in der Welt. Es darf nicht mehr in der beliebigen Entscheidung von Nationalstaaten liegen, Kriege zu führen oder zu unterstützen. Kriege sind nicht nur im moralischen Sinne illegitim. Sie sind immer und ausschließlich Verstöße gegen geltendes Recht und somit im rechtlichen Sinne illegal. Der UNO müssen die nötigen Mittel an die Hand gegeben werden, um geltendes Recht durchzusetzen. Konsequenterweise wird auch der Handel mit Waffen geächtet und unterbunden, Nuklearwaffen werden abgeschafft. Die zivilgesellschaftliche internationale Tribunal-Bewegung ist eine wichtige, wenn auch noch lediglich symbolische Instanz, die der UN zeigt, was ein Teil ihrer Arbeit wäre.
 - c) Der Kolonialisierung, auch in ihren modernen Erscheinungsformen, wird dadurch entgegengetreten, dass die Bedürfnisse der nicht industrialisierten Länder ins Zentrum der Aufmerksamkeit rücken und die Dominanz der Industrieländer gebrochen wird. So arbeiten seit 40 Jahren Staaten der sog. Entwicklungsländer in der „Gruppe der 77“ relativ unbeachtet im Rahmen der UNCTAD für die Artikulierung ihrer Interessen gegenüber den Industrienationen. Sie fordern die UNO auf, einen gerechten Welthandel durchzusetzen, der die Privilegien, den Ausbeutungswillen und den Protektionismus der Volkswirtschaften der dominanten Industrienationen beschneidet und den Entwicklungsländern gleiche Chancen auf einem gerechten Weltmarkt gibt.
 - d) Auf globaler Ebene wird ein Ethikrat eingesetzt, der im Namen der Menschen und Völker dann eine moralische Ächtung von Staaten und Konzernen ausspricht, wenn diese gegen die o.g. Grundsätze verstoßen.
8. Erst wenn Einverständnis über die inhaltlichen Prioritäten erzielt worden ist, können Überlegungen zu einer Neu-Strukturierung der UNO angestellt werden.
9. Erste Schritte zu einer Neu-Strukturierung der UNO könnten sein:
 - a) Die unübersichtliche Zahl der Gremien, die der UNO angelagert sind, wird dadurch minimiert, dass Schwerpunkte gebildet werden. Eine überschaubare Zahl solcher Gremien, NGOs o.ä., die die Punkte 7 a-d (s.o.) bearbeiten, hat in den Entscheidungsgremien der UNO Sitz und Stimme.

- b) Den Vorschlägen der AWC San Francisco folgend wird die Zivilgesellschaft als Gegengewicht zur Repräsentation der Staaten in die Struktur der UNO eingebunden.
(vgl. www.worldcitizens.org/global_village.html: "Reform and Democratization of the United Nations" oder in deutscher Übersetzung www.worldcitizens.de: Grundlagen/„AWC - Ziele und Programme)
- c) Die jetzige „Exekutive“ der UNO, der Weltsicherheitsrat, wird umstrukturiert und demokratisiert (z.B. wird das derzeitige Vetorecht als Zeichen machtorientierter Privilegien abgeschafft). Eine neue Exekutive der UNO hat als „Sicherheit“ nicht nur die militärische Sicherheitslage im Blick. Diese neue Exekutive wird auch bei Verstößen gegen die unter 7 genannten Prinzipien tätig.
10. Das Gelingen einer sinnvollen Reform der UNO hängt engstens mit der gelingenden Entwicklung von Demokratie zusammen, in der freie und sich ihrer Würde und ihres Wertes bewusste Bürger zusammen wirken. Die meisten Menschen leben in Denkstrukturen, die den Einzelnen nicht als selbstbestimmt und wertvoll begreifen, sondern vielmehr als anonymen Teil einer „Masse“. Die Jahrtausende alte Einbindung in Unterordnungs- und Gewaltstrukturen hat verhindert, dass Menschen generell ein Bewusstsein für den Wert und die Unwiederbringlichkeit ihres eigenen Lebens entwickeln konnten. Auch der politische Mensch ist noch nicht entstanden. Die Chance zu tatsächlich demokratischem Handeln ist den Menschen nach dem Zweiten Weltkrieg aus den Händen gegliitten, ehe sie hätten lernen können, sinnvoll mit ihr umzugehen. Durch die sich schnell herausbildenden politischen und ökonomischen Machtstrukturen wurden die Bürgerinnen und Bürger rasch wieder entmündigt und zu lenkbaren Untertanen. Wenn tragfähige ethisch-moralische Prinzipien nicht die Grundlage für die Wahrnehmung der Welt und des Lebens sind, entsteht das seelische und geistige Vakuum einer letztlich suizidalen Gesellschaft.
11. Das Gelingen einer sinnvollen Reform der UNO hängt auch eng mit der Entwicklung der Medien zusammen. Auf der einen Seite scheinen die Medien Macht auf die politisch Handelnden auszuüben, man spricht geradezu von einer Kolonisierung der Politik durch die Medien. Auf der anderen Seite scheint in der Regel die Einbindung der Medien in Unterordnungs- und Gewaltstrukturen ebenso stark ausgeprägt zu sein wie ihr Unvermögen und ihre mangelnde Bereitschaft, diese Einbindung zu hinterfragen oder gar zu überwinden.
12. Sollte es nicht gelingen, die UNO zu reformieren und zu einem anerkannten und wirkungsvollen Instrument einer heute de facto schon existierenden interdependenten Weltgesellschaft zu machen, ist zu befürchten, dass langfristig Werte wie Demokratie, Menschenrechte und Frieden verschwinden werden. Einer Entwicklung in dieser Richtung wohnen wir schon bei. So wird eine ohnmächtige Weltöffentlichkeit fast stumme Zeugin von eklatanten Menschenrechtsverletzungen wie im Gefangenen- und Straflager Guantanamo. Sie musste wahr nehmen, wie Soldaten und Soldatinnen der Besatzungsmacht im Irak Menschen erniedrigten und folterten.